Nr. 235 Mittwoch, den 10. Oktober 1917 31. Jahrgang.

Paderborner Anzeiger

Amtliches Kreisblatt :: Anzeiger für Neuhaus und Delbrück

Der Paderborner Anzeiger erscheint an allen Werktagen. — Bezugspreis monatlich frei ins Haus gebracht 50 Pfg., bei der Post abgeholt 40 Pfg., durch den Briefträger 54 Pfg. — Im Paderborner Anzeiger werden alle amtlichen Bekanntmachungen des Kgl. Landratsamtes sowie des Paderborner Magistrats veröffentlicht.

Redaktion Königstraße 11 — Fernruf 918

Paderborner Zeitung
∴ Volks-Zeitung ∴
für das
Paderborner Land

Wöchentliche Gratis-Beilage „Sterne und Blumen"

Organ des Landwirtschaftl. Kreisvereins
Publikations-Organ
∴ vieler Behörden ∴

Anzeigenpreise: Aus dem Kreise Paderborn für die einspaltige Kolonelzeile 12 Pfg., auswärtige 15 Pfg. Im Reklameteil 50 Pfg. Bei Wiederholungen Rabattgewährung, die bei Nichtzahlung innerhalb 30 Tagen indes erlischt. Beilagengebühr 5 Mark — — das Tausend ausschl. Postgebühren. — —

Geschäftsstelle Königstraße 11 — Fernruf

Aufsehenerregende Enthüllungen des Staatssekretär v. Capelle.

Verständigung!

(Von einem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Berlin, 9. Oktober.

Die Krise ist schnell überwunden worden. Es herrscht wieder Einvernehmen zwischen der Reichsregierung und dem Reichstage. Nur die Sozialdemokraten, und zwar nicht nur die um Haase, sondern auch die um Scheidemann, stehen bei Seite. Am Montag mittag, nachdem die Vollversammlung des Reichstages die Nachtragsforderungen an den Hauptausschuß zurückverwiesen und die weitere Verhandlung über die sozialdemokratische Interpellation wegen der vaterländischen Partei auf Dienstag vertagt hatte, schien die Verständigung sehr fern. Manche hielten sie sogar für unmöglich. Aber in der Sitzung des Hauptausschusses, die vier Stunden währte, wurde sie bei ruhiger, sachlicher Erörterung nach und nach erzielt. Der Vizekanzler Dr. Helfferich erklärte sein Auftreten am Sonnabend, indem er es auf Erregung, hervorgerufen durch die Zwischenrufe, zurückführte. Der Reichskanzler sprach zweimal. Er betonte das Recht jedes Beamten, eine politische Meinung zu haben und zu äußern, und er verwies auf die Notwendigkeit und Nützlichkeit der Aufklärungsarbeit im Heere. Er wandte sich aber gleichzeitig auch gegen alle Versuche von Beamten, Untergebene politisch zu beeinflussen, und er bezeichnete eine Verbindung der Aufklärungsarbeit mit Politik als unzulässig. Diese Darlegungen befriedigten den Ausschuß; nur den Sozialdemokraten beider Richtungen genügten sie nicht. Die Verständigung war damit erzielt und dieses Ergebnis fand seinen Ausdruck in der Bewilligung der Nachtragsforderungen. Auch Herr Dr. Helfferich hat sein Gehalt als „Vizekanzler" endgültig bewilligt bekommen. Der so rasch beseitigten Krise wird also nicht einmal der von verschiedenen Seiten so heftig bekämpfte Dr. Helfferich zum Opfer fallen —

Die Vollversammlung am Dienstag brachte die Bestätigung des Verständigungswerkes. Der Reichskanzler, der wieder in bürgerlicher Kleidung erschienen war, berief sich auf seine gestern im Hauptausschuß abgegebenen Erklärungen und erläuterte dann die Friedensentschließung vom 19. Juli, wobei er die Gegner dieser Kundgebung ersuchte, sie gerechter wie bisher zu beurteilen.

Hierauf machte der Staatssekretär des Reichsmarineamts, v. Capelle, unter der lebhaftesten Bewegung im Hause einige Angaben über eine Verschwörung in der deutschen Flotte und über die Beteiligung dreier, zu den Unabhängigen Sozialdemokraten gehörenden Reichstagsabgeordneten, Dittmann, Haase und Vogtherr, an dieser Verschwörung. Diese Enthüllung mußte natürlich das Verständigungswerk befestigen.

Allerdings stößt das Verfahren des Staatssekretärs des Reichsmarineamts im Laufe der weiteren Verhandlungen auf Widerspruch, aber der Eindruck, daß die gestern angebahnte Einigung heute zur Tatsache würde, läßt sich nicht verwischen. Der Reichskanzler sah sich veranlaßt, seine Bemerkungen, die er gegenüber den unabhängigen Sozialdemokraten getan hatte, zu erläutern. Alles das vermochte jedoch den Abschluß der gestern erzielten Verständigung nur um einige Stunden aufzuhalten, nicht aber sie wieder zu zerstören. Einigkeit ist wahrlich dringend notwendig.

Fortdauer der Schlacht in Flandern.

Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.

Großes Hauptquartier, 9. Oktober.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Der Artilleriekampf in Flandern war trotz des stürmischen, regnerischen Wetters stark zwischen dem Houthoulster Walde und Zandvoorde. Abends faßte der Feind seine Wirkung zu heftigen Feuerstößen gegen einzelne Abschnitte zusammen.

Nach unruhiger Nacht steigerte sich auf der ganzen Front die Artillerietätigkeit zum Trommelfeuer. Beiderseits der Bahn Staden—Boesinghe und nördlich der Straße Menin—Ypern brach englische Infanterie zum Angriff vor; der Kampf ist im Gange.

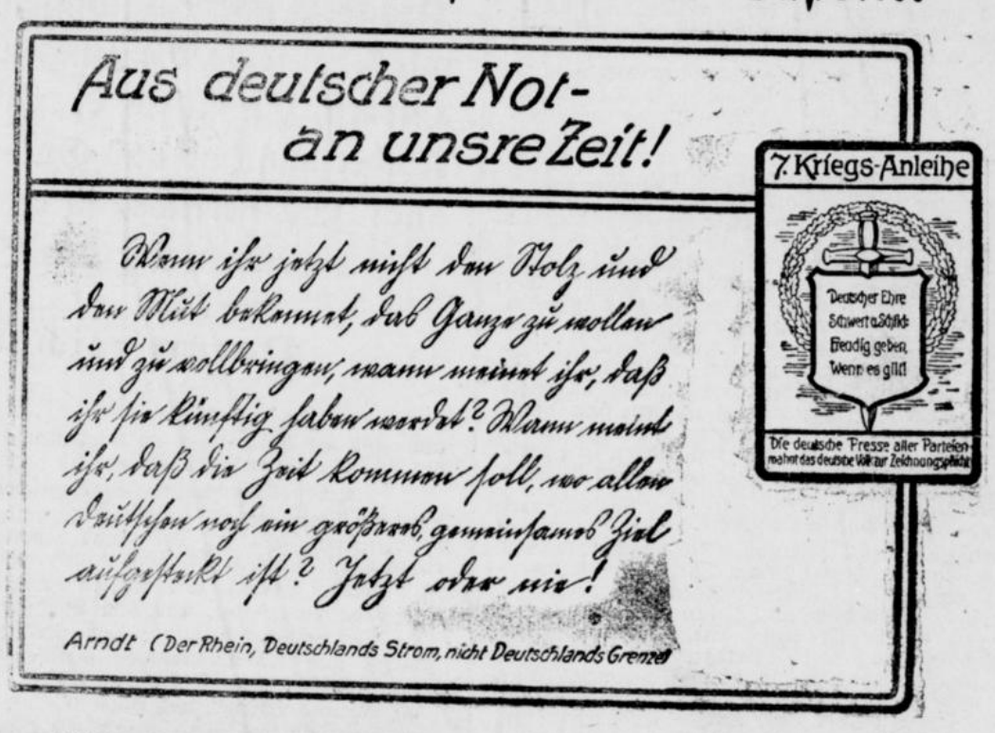
Bei den übrigen Armeen kam es — abgesehen von tagsüber andauerndem Feuer nordöstlich von Soissons — nicht zu größeren Gefechtshandlungen.

Auf dem **Östlichen Kriegsschauplatz** nichts von Bedeutung.

Macedonische Front. Lebhafte Feuertätigkeit südwestlich des Dojran-Sees, im Wardar-Tale, am Dobropolje und im Cerna-Bogen.

wtb. Berlin, 9. Okt., abends. (Amtlich.) **In Flandern entwickelte sich aus den Vorkämpfen eine neue Schlacht, die zwischen Draibank, nordöstlich von Bixschoote und Gheluvelt (18 Klm.), noch andauert. Trotz mehrmaligen Ansturmes beschränkt sich der Geländegewinn des Feindes nach den bisherigen Meldungen auf einen schmalen Streifen. Zwischen Draibank und Poelcappelle wurde im übrigen der Angriff abgeschlagen.**

Sonst nichts von Bedeutung.



(Aus dem österreichisch-ungarischen Heeresbericht.)

Wien, 3. Oktober.

Der amtliche Heeresbericht besagt über den italienischen Kriegsschauplatz: Bei Kal auf der Hochfläche von Bainsizza—Heiligengeist wurde gestern früh ein italienischer Angriff unter starken Feindverlusten abgeschlagen. 120 Gefangene und 7 Maschinengewehre blieben in unserer Hand. — Bei Kostanjevitza brachte uns ein erfolgreiches Unternehmen 180 Gefangene ein. Albanien: Östlich von Valona wurde ein italienischer Übergangsversuch über die Vojusa vereitelt.

Der U-Boot-Krieg.

Neue Erfolge unserer U-Boot-Streifen.

Im Sperrgebiet um England wurden durch unsere U-Boote wiederum 19500 Br.-Reg.-To. versenkt.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich der englische bewaffnete Dampfer „Joseph Chamberlain" mit Bretterladung, sowie der russische bewaffnete Dampfer „Australia", der Flachs geladen hatte.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Weitere 4 Dampfer versenkt.

Berlin, 10. Oktober. (Amtlich). Im Aermelkanal wurde durch eines unserer U-Boote neuerdings 4 tiefbeladene Dampfer versenkt, die alle bewaffnet waren.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Was alles versenkt wird.

TU. Berlin, 9. Okt. Welche Ladungsmengen der Tätigkeit unserer U-Boote zum Opfer fallen, geht wiederum aus dem Bericht eines kürzlich nach seinem Stützpunkt zurückgekehrten U-Bootes hervor, das auf seiner Kreuzfahrt im Mittelmeer, soweit festgestellt werden konnte, u. a. versenkte: 20 853 Tonnen Kohlen, 1000 Tonnen Oel, 1245 Tonnen Palmöl, 4000 Tonnen Hafer, 1000 Tonnen Wein, 700 Tonnen Stückgut, 12 Lokomotiven. Alle diese Güter waren nach Frankreich und Italien bestimmt.

Legt man für die Winterversorgung unserer Feinde mit Hausbrandkohle einen Satz von 15 Zentnern für eine Dreizimmerwohnung zugrunde, so wären die versenkten 417 060 Zentner Kohlen für 27 804 Dreizimmer-Haushaltungen hinreichend gewesen.

Mit der versenkten Hafermenge von 4000 Tonnen hätten unsere Feinde bei einem Tagessatze von fünf Pfund für ein Pferd 53 333 Pferde einen ganzen Monat lang füttern können.

Ein deutsches U-Boot entflohen.

Reuter meldet aus Madrid, daß das deutsche U-Boot Nr. 93 (?), das am 9. September beschädigt in Cadix eingetroffen und interniert worden ist, in der Nacht geflohen sei. Der Premierminister habe sofort alle hohen Militärs und Marineoffiziere, die für das Entkommen des U-Bootes verantwortlich sind, suspendiert.

Kleine Kriegspost.

Rotterdam, 9. Okt. Der amerikanische Senator Lafollette, der gegen den Krieg wirkt, soll wegen Landesverrats vor einen Untersuchungsausschuß gestellt werden.

Genf, 9. Okt. Der Pariser „Temps" meldet, daß in der letzten Woche große militärische Konferenzen der Alliierten auf französischem Boden stattgefunden haben, deren Folgewirkungen sich unmittelbar an allen Fronten der Alliierten zeigen würden.

Deutscher Reichstag.

(124. Sitzung.) CB. Berlin, 9. Oktober.

Am Tische des Bundesrats sitzen die Herren Dr. Helfferich, Graf Roedern, v. Stein, Wallraf, Dr. Schwander, v. Capelle, v. Waldow. Auf der Tagesordnung stehen zunächst

Kleine Anfragen.

U. a. fragt Abg. Waldstein (Fortschr. Vp.) an über die völkerrechtswidrige Wegführung und Behandlung der gesamten Zivilbevölkerung von Tabora (Deutsch-Ostafrika) durch belgische Kongotruppen. Ministerialdirektor Kriege teilt mit: Die in die Gewalt der belgischen Streitkräfte gefallenen deutschen Zivilpersonen sind quer durch das tropische Afrika nach der Westküste gebracht und später nach Frankreich übergeführt worden. Infolge der brutalen Willkür der belgischen Truppen waren sie schweren Drangsalen und Leiden ausgesetzt. Sobald die deutsche Regierung davon Kenntnis hatte, hat sie unverzüglich alsbaldige Freilassung verlangt, und da die belgische Regierung sich weigerte, wurde eine Anzahl angesehener Belgier nach einem Internierungslager gebracht. Weitere Verhandlungen schweben unter Vermittlung des Königs von Spanien. Verhält Belgien sich weiter abweisend, wird die deutsche Regierung vor neuen Vergeltungsmaßnahmen nicht zurückschrecken.

Auf eine Frage des Abg. Mumm (D. Fr.) führt Unterstaatssekretär Freiherr v. Braun vom Reichsernährungsamt aus, daß kein Zucker zurückgehalten wird, um beim Friedensschluß ausgeführt zu werden. Aus der neuen Ernte ist etwa ebensoviel Zucker zu erhoffen, wie die alte Ernte gebracht hat. Nun wird, während der Reichskanzler im Saal erscheint, die

Fortsetzung der Interpellationsaussprache,

betr. die angebliche alldeutsche Agitation im Heere begonnen.

Abg. Dittmann (U. Soz.): Das Auftreten des Kriegsministers am Sonnabend erinnerte lebhaft an das Auftreten des Herrn von Falkenhayn bei Zabern. Es soll alles beim alten bleiben. Die gestrigen Ausführungen des Kanzlers haben der deutschen Politik in den Augen des Auslandes erneut den Stempel der Zwiespältigkeit und Unehrlichkeit aufgedrückt (Ordnungsruf), denn sie predigt öffentlich den Verständigungsfrieden und erstrebt heimlich den Eroberungsfrieden (zweiter Ordnungsruf). Wir verlangen die Einstellung der alldeutschen Propaganda. Die Anhänger des Verständigungsfriedens und überhaupt die Mitglieder meiner Partei werden unterdrückt und in den Kerker geworfen. Man legt die Werbung für meine Partei als Landesverrat aus. Bei der Marine sind insgesamt annähernd 200 Jahre Zuchthaus und sogar mehrere Todesurteile verhängt worden. Soweit eine deutsche Schuld am Kriegsausbruch vorhanden ist, geht sie zu Lasten unserer alldeutschen Militärs. (Unruhe. Präsident Dr. Kaempf rügt den Ausdruck.) Die Reichstagsmehrheit muß endlich den Willen zur Tat zeigen. Sie muß den Nachtragsetat ablehnen. (Präsident Kaempf ruft den Redner nochmals zur Ordnung.)

Reichskanzler Dr. Michaelis:

In den gestrigen Verhandlungen des Ausschusses sind die Fragen, die am Sonnabend hier die erregten Debatten hervorgerufen haben, ventiliert worden. Der Abgeordnete Dittmann hat heute den ganzen Stoff von neuem angeregt. Ich will ihm nur zweierlei entgegenhalten, einmal, daß er der letzte ist, dem ich das Recht zugestehe, über Agitationen im Heere und in der Marine zu sprechen. Der Staatssekretär des Reichsmarineamts wird nachher darüber sprechen. Sodann hat mir der Abgeordnete Dittmann mein Wort entgegengehalten, daß ich mit voller Objektivität allen Parteien und Richtungen gegenüberstehen wolle. Er hat aber vergessen, den Zusatz mit zum Ausdruck zu bringen, den ich dabei ausgesprochen habe. Ich habe gesagt:

alle politischen Parteien und Richtungen, sofern sie nicht den Bestand des Deutschen Reiches und Staates gefährdende Ziele verfolgen. Die Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten steht für mich jenseits dieser Linie.

großte Erregungen bei den U. Soz. Lebhafte Bravo-Rufe rechts. Erneute stürmische Zurufe bei den U. Soz. Abg. Geyer (U. Soz.) ruft: „Jetzt wissen wir, wer Sie sind!“ Andere U. Soz. rufen: „Wir bleiben länger als Sie!“ — (Lachen rechts.) Die Aussprache über die Interpellation hat sich auch darauf erstreckt, daß von Beamten in unzulässiger Weise Propaganda für die Vaterlandspartei geübt wird. Gestern haben der Kriegsminister und ich im Ausschusse auseinandergesetzt, in welcher Weise im Heere die Aufklärungsarbeit betrieben wird. Daß Aufklärung für die Soldaten unbedingt erforderlich ist, daß eine geistige, eine sittliche Fürsorge für die Soldaten im Felde ein dringendes Bedürfnis ist, das unterschreiben alle, die die Verhältnisse draußen kennen. Die ganze Aufklärungsarbeit ist einheitlich organisiert. Der Kriegsminister hat gestern die Leitsätze mitgeteilt, die für diese Aufklärungsarbeit im Heere gelten. Diese Leitsätze haben bei der Mehrzahl der Mitglieder des Ausschusses die volle Überzeugung geschaffen, daß das, was geplant ist und was geschieht, durchaus zum Segen gereichen muß und daß es sich in dem Rahmen hält, der für eine derartig einheitliche Organisation bestehen muß. Da der Abg. Dittmann diese Arbeit heute erneut auf das schärfste angegriffen hat, so will ich das wesentlichste aus diesen Leitsätzen wiederholen.

Die wesentlichsten Gebiete der Aufklärung

sind: die Ursachen des Krieges, die wirtschaftliche Entwickelung Deutschlands, die Bedeutung eines verlorenen Krieges auch für die deutschen Arbeiter, die Gesamtgröße unserer bisherigen Erfolge rechtfertigt die Hoffnung auf den Sieg; Siegesbewußtsein, Pflichttreue und Mannesstolz sind zu fördern; die Entscheidung ist schon zu unsern Gunsten gefallen, es gilt, sie endgültig zu sichern, Notwendigkeit und Bedeutung der Führung auf allen Gebieten, militärisch, Regierung und Verwaltung, daraus Notwendigkeit der Autorität einerseits, der Unterordnung anderseits. Schwierigkeiten der Wirtschaftslage durch Lebensmittel und Kohlen sind vorhanden und anzuerkennen, besonders in der Heimat, sie werden aber mit Sicherheit überwunden, Notwendigkeit der Lebensmittelbeschränkungen und Kohleneinteilung durch Maßnahmen der Behörden ist zu erläutern, Fehler sind früher selbstverständlich aus anfänglicher Unkenntnis der zu bewältigenden Aufgaben, oft auch gerade aus dem Bestreben größter Gerechtigkeit gemacht worden, kleinere Härten bleiben unvermeidlich, sodann Ausgleichung von Verstimmung zwischen Stadt- und Landbevölkerung, Verwerflichkeit des Kriegswuchers, das eigene Ich muß vor dem gemeinsamen großen Ziel zurücktreten; Streiks gefährden den Sieg und kosten das Blut der Truppen; Aufklärung darüber, daß unsere Gegner, wenn sie den Krieg als aussichtslos aufgeben müssen, versuchen werden, uns die Früchte unseres militärischen Sieges zu entreißen und in Sonderheit unsere wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit zu erdrosseln. (Sehr richtig!) Es muß jedem Soldaten klar gemacht werden, daß wir auch da bereit sein müssen, den Kampf jederzeit aufzunehmen, um unser Kriegsziel, d. h. die Sicherstellung unserer Zukunft, zu erreichen. Volk und Heer muß bis zum endgültigen Friedensschluß in voller Stärke und Einmütigkeit hinter den Führern des Reiches stehen.

Keine Politik im Heere.

Diese Gegenstände der Aufklärung sollen erreicht werden durch Vorträge, Unterhaltungsabende, Theateraufführungen, es sind Kinos eingerichtet, Armeezeitungen, Feldpredigten, Feldbüchereien, Feldbuchhandlungen. Diese ganze Organisation ist hinausgetragen bis in die letzten Stellen, wo Deutsche kämpfen, bis nach Macedonien. Die Feldgrauen draußen sollen dadurch einen gewissen Ersatz für die Heimat bekommen. Diese Einrichtungen wirken zum vollen Segen. Die Soldaten danken es. Sie danken es der Obersten Heeresleitung und sie danken es allen denen, die hier im Innern daran mitarbeiten. Die Oberste Heeresleitung will durchaus, daß Politik nicht ins Heer getragen wird. Gegen die unvermeidlichen Verstöße wird Remedur geschaffen und insbesondere auch nicht geduldet werden, daß Abgeordnete wegen ihrer Stellungnahme zu den Kriegszielen herabgesetzt oder beleidigt werden. Beamte haben das Recht politischer Gesinnungsfreiheit, sie können jeder Partei beitreten unter der Voraussetzung, die ich vorhin unterstrich: daß sie keine Bestrebungen verfolgen, die den Bestand des Deutschen Reiches und Preußens gefährden. Eine Beeinflussung nach der Richtung hin, daß ein Vorgesetzter nachgeordnete Beamte veranlaßt, Anschluß an eine bestimmte Partei zu suchen, ist unbedingt unzulässig. Halten wir diese Ziele inne, dann kommen wir auf einen gangbaren Weg des beiderseitigen Wirkens. Wir würden sehr viel weiter kommen, wenn auch diejenigen, die der Friedenskundgebung vom 19. Juli nachsagen, daß sie einen Hungerfrieden wolle, dieser Kundgebung gerechter würden (Zustimmung). Wir müssen die Ziele in der Kundgebung in ihrem positiven Sinn verstehen, in ihrer kraftvollen Seite, das müssen wir herausarbeiten, wir müssen uns klarmachen, was darin enthalten ist, wir müssen unterstreichen, was dort gesagt ist. Das deutsche Volk wird wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich ausharren und kämpfen bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwickelung gesichert ist. In seiner Einigkeit ist das Deutsche Reich unüberwindlich. Ich habe mit Zustimmung des Reichstages an demselben Tage die Ziele nach der Richtung hin umschrieben, daß ich sagte: Wir müssen die

Lebensbedingungen des Deutschen Reiches

auf dem Kontinent und über See garantieren, wir müssen es davor sichern, daß sich der Bund unserer Gegner nicht zu einem wirtschaftlichen Trutzbunde auswächst.

Meine Herren, wir können in diesem Rahmen einen Frieden durchsetzen, der dem Bauern den Lohn seiner Scholle gewährleistet, der dem Arbeiter Lohn und Verdienst und die Grundlagen sozialen Aufschwungs gibt, der der Industrie Absatz verschafft, der unsere stolzen Schiffe aus Bremen und Hamburg wieder frei ausfahren, anlegen und Kohlen in aller Welt einnehmen läßt, einen Frieden breitester wirtschaftlicher und kultureller Entwicklung, einen wirklichen Frieden, der Kraft; den können wir in diesem Rahmen erreichen! (Lebhafter Beifall.)

Solange unsere Gegner uns mit Forderungen gegenübertreten, die jedem einzelnen Deutschen als unannehmbar erscheinen, solange unsere Gegner an den schwarz-weiß-roten Pfählen rütteln wollen, solange sie mit der Forderung an uns herantreten, daß wir von deutschem Lande etwas geben sollen, solange die Gegner den Gedanken verfolgen, zwischen das deutsche Volk und seinen Kaiser einen Keil zu treiben: solange bergen wir unsere Friedenshand in den verschränkten Armen. (Lebhafter Beifall.)

Wir warten ab, wir können warten, die Zeit läuft für uns.

Bis das geschieht, bis die Feinde einsehen, daß sie diese Forderungen zurückstellen müssen, solange müssen die Kanonen und die U-Boote ihre Arbeit tun. (Beifall.) Und unser Friede wird doch kommen! (Stürmischer Beifall.)

Staatssekretär der Marine v. Capelle:

Die russische Revolution hatte einigen wenigen Leuten an Bord unserer Flotte die Köpfe verdreht und revolutionäre Gedanken in ihnen großgezogen. (Hört! hört!) Der wahnwitzige Plan dieser wenigen Leute ging dahin, auf allen Schiffen Vertrauensmänner zu wählen und die gesamte Mannschaft der Flotte zur Gehorsamsverweigerung zu erziehen. (Stürm. Hört! hört!) Auf diese Weise sollte, gegebenenfalls durch Anwendung von Gewalt, die Flotte lahmgelegt und der Frieden erzwungen werden. (Pfui-Rufe rechts — Hört! hört! — Widerspruch b. d. Soz.) Tatsache ist, daß diese Leute mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Beziehungen stehen (Pfui-Rufe rechts. Zurufe b. d. U. Soz.: Beweise!) Aktenmäßig steht fest, daß der Hauptagitator hier im Reichstag im Fraktionszimmer der Unabhängigen Sozialdemokratie den Abgg. Dittmann, Haase und Vogtherr seinen Plan vorgetragen hat. (Stürm. Pfui-Rufe rechts. Hört! hört! Abg. Dittmann: Aufgelegter Schwindel!) Die Abgeordneten haben auf die Gefährlichkeit der Handlungsweise hingewiesen und zur größten Vorsicht gemahnt, aber ihre volle Unterstützung durch Übermittlung von Material zur Aufreizung der Flotte zugesagt. (Anhaltende Pfui-Rufe rechts. Bewegung. Lebhafter Widerspruch bei den U. Soz.) Dieser Lage gegenüber war es meine erste Pflicht, das Eindringen des zugesagten Materials in die Flotte unmöglich zu machen. (Bravo!) Ich habe daher die zuständigen Kommandobehörden ersucht, die Verbreitung dieses Materials in der Flotte mit allen Mitteln zu verhindern (Beifall). Über die weiteren Vorgänge innerhalb der Flotte kann ich mich hier nicht äußern. Einige wenige ehr- und pflichtvergessene Leute haben sich schwer vergangen und sind der verdienten Strafe zugeführt worden. (Bravo!) Trotzdem will ich hier vor aller Öffentlichkeit sagen, daß die umlaufenden Gerüchte, die auch mir zugegangen sind, maßlos übertrieben sind. Die Schlagfertigkeit der Flotte war nicht einen Augenblick in Frage gestellt und so soll es bleiben. (Stürm. Bravo!)

Die Meinung der offiziellen Sozialdemokratie.

Abg. Dr. David (Soz.): Der Staatssekretär v. Capelle hat soeben eine außerordentlich schwere Anklage gegen Mitglieder des Reichstags erhoben. Es fällt mir schwer zu glauben, daß diese Anklage in der vorgetragenen Form begründet ist. Mindestens müssen wir die Angeklagten hören. (Sehr richtig!) Es muß in dieser ungeheuer ernsten Sache die Zurückhaltung geübt werden, die in einer so schweren Anklage notwendig ist. Der Reichskanzler hat erklärt, er betrachte die Partei der Unabhängigen Sozialdemokratie als eine Partei, die jenseits der Grenze der Gleichberechtigung stehe. Ich nehme an, daß er diese Erklärung abgegeben hat beeinflußt durch das, was soeben der Staatssekretär des Reichsmarineamts uns mitgeteilt hat. Wir erklären dazu: wir müssen für jede Partei volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung in der Behandlung durch die Behörden verlangen. Sind Handlungen nachweisbar, die gegen die Gesetze des Staates verstoßen, so fallen die, die sie begangen haben, selbstverständlich unter diese Gesetze. (Allseitige Zustimmung.) Davon ist keine Partei ausgenommen und auch die Unabhängige Sozialdemokratische Partei kann und wird für ihre Mitglieder keine Straffreiheit verlangen. Aber im Rahmen der Gesetze haben die Angehörigen aller Parteien das Recht auf gleiche Behandlung und gleiche Bewegungsfreiheit. Davon können wir nicht abgehen. (Sehr richtig bei den Soz.) Der Redner wendet sich dann gegen die alldeutsche Agitation und wirft der ihr dienenden Presse einen Mangel an Wahrheitsliebe vor, der in die Grenzen des Pathologischen weit hinüberreicht. Die Vaterlandspartei will die Einheit des deutschen Volkes innerlich auflösen und zertrümmern. Herr v. Graefe behauptete, die Vaterlandspartei stamme aus der Tiefe des Volkes. Nein, die Vaterlandspartei ist eine Partei der oberen Zehntausend, ausgerüstet mit ihren Millionen und ihrem großen Einfluß auf amtliche Kreise.

Erklärungen der Unabhängigen Sozialisten.

Abg. **Haase** (U. Soz.): **Der Staatssekretär des Reichsmarineamts hat eine Reihe aufsehenerregender Mitteilungen gemacht. Unsere politische Tätigkeit irgendwie in Dunkel zu lassen, haben wir keinen Anlaß. Ich will alles offen klarlegen und stelle fest, daß tatsächlich der Matrose, von dem er gesprochen hat, mit mir im Fraktionszimmer eine Unterredung hatte. Unrichtig ist aber, daß der Matrose mir einen solchen Plan vorgetragen hat, wie ihn Herr v. Capelle erwähnte. (Hört, hört! bei den Soz.) Ich ersuche den Staatssekretär für seine entgegengesetzten Behauptungen den Beweis zu erbringen, erkläre aber schon jetzt, daß er keine Beweise hat, weil es keine Beweise dafür gibt. (Hört, hört! bei den Soz.)**

Deutschland muß leben!

Unsre Feinde wollen den Frieden nicht. Darum bleibt uns keine Wahl. Wir müssen weiter aushalten, weiter durchhalten. Keiner darf jetzt müde, keiner mürbe werden, keiner auf halbem Wege stehenbleiben. Jetzt heißt es:

„Durch!“

Draußen mit den Waffen, drinnen mit dem Gelde, die Jungen mit ihren Leibern, die Alten, die Frauen, die Kinder mit Hab und Gut. Alles für alle! So bereiten, so erwarten, so verdienen wir den Sieg.

Darum zeichne!

Kriegs-✠-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

9. Oktober. Nach starker Artillerietätigkeit, die sich zu Trommelfeuer steigert, greifen die Engländer beiderseits der Bahn Staden—Boesinghe und nördlich der Straße Menin—Ypern an; die Schlacht ist im Gange. — An der macedonischen Front stellenweise lebhafte Feuertätigkeit.

Roman von Marie Lenzen-Sebregondi.

(Nachdruck verboten.)

21)

„Nicht doch, mein Lieber, es war ein köstliches Fest,“ entgegnete Claudia ziemlich belebt. „Man hat unsere Einrichtung allgemein bewundert, man war erstaunt über den Geschmack und den Glanz, welchen wir bei unserm Feste entwickelten; und du darfst überzeugt sein, man wird sich noch lange über den reizenden ersten Ball der Gräfin Stammegk unterhalten.“

Milian sah seine so oberflächlich plaudernde Frau finster an und versetzte: „Ach, das sind Dinge von geringer Wichtigkeit gegenüber der Sorge, die mich beschäftigt.“

„Verzeihe, das Ansehen unseres Hauses ist doch, alles in allem genommen, deine Hauptsorge. Dazu aber trägt die Art und Weise, wie wir repräsentieren, eben so wohl bei als eine vorteilhafte Heirat deiner Schwester.“

„Eine Heirat meiner Schwester!“ rief der Graf, in wenniger Ueberraschung auffahrend. „Bist du von Sinnen, Claudia? . . . Ich wähnte, du hättest begriffen, daß ich jedes erdenkliche Mittel ergreife, um — um —“

„Um zu verhindern, daß Clarisse eine dir nachteilige Verbindung schließt,“ half die Gräfin dem Stockenden ein. „O ja, mein Freund, ich habe das längst durchschaut. Nun du brauchst nicht zu erschrecken; unsere Interessen sind so eng verbunden, daß es ja von Nutzen sein muß, wenn jedes von uns die Absichten des andern genau kennt. Ueberdies dächte ich, daß unser gestriges Gespräch dich darüber aufgeklärt haben müßte, daß ich nicht im Zweifel über deine Wünsche bin.“

Der Graf schritt in finsterm Schweigen in dem luxuriös ausgestatteten Raume auf und ab, bis er nach einigen Minuten vor der ihn gleichgültig beobachtenden Claudia mit dem unmutigen Ausruf stehen blieb: „Du hast mich dennoch mißverstanden!“

„Durchaus nicht. Ich sehe sehr wohl, daß du beabsichtigst, Clarisse überhaupt nicht zu verheiraten. Aber ganz abgesehen davon, daß es gewiß keine angenehme Aussicht für mich wäre, für immer eine Schwägerin im Hause zu behalten, deren Charakter nichts weniger als bequem für ihre Umgebung ist —“

„Ich bitte,“ unterbrach Milian sie mit der Miene hochmütigen Tadels, „ich bitte dich, zu bedenken, daß du von meiner Schwester sprichst.“

„Ich vergesse es nicht; aber ich bitte dich, zu bedenken, daß ihr Benehmen selbst dir, ihrem eigenen Bruder, sehr wenig zusagt, und somit mir noch unangenehmer sein muß. Doch das ganz beiseite gelassen, erkenne ich, daß es uns auf die Dauer unmöglich sein wird, sie von jeder Verbindung abzuschneiden. Sie hat heute das Eis gebrochen und, verlaß dich darauf, sie wird dich von jetzt an zwingen, sie an jeder ihr beliebigen Gesellschaft teilnehmen zu lassen.“

„Sie kann nicht mich zwingen, wohl aber ich sie,“ sprach Milian mit einem Lächeln grausamen Triumphes; „ich habe eine dreifache Gewalt über sie: die des älteren Bruders, des Vormundes und des Hauptes des Hauses Stammegk.“

„Dennoch wird sie sich derselben nicht fügen,“ entgegnete Claudia mit einer Gewißheit, wohl geeignet, das Selbstvertrauen des Grafen zu schmälern. „Sie ist energisch und schlau, und findet sie dich rücksichtslos, so wird auch sie es ungescheut sein. Der Kampf mit einem solchen Charakter ist nicht leicht.“

„Ich weiß das alles längst; dennoch bin ich entschlossen, ihn aufzunehmen.“

„Wohl, Milian: tue es, aber tue es mit Mäßigung, damit nicht deine Ehre geschädigt wird und du schließlich, trotz aller Mühe, unterliegst.“

„Du kennst mich nicht, Claudia, wenn du fürchtest, daß eines von beiden möglich sei,“ sagte Stammegk mit hochmütiger Ueberhebung.

„Es ist möglich, beides, — eben weil du dich zu sicher fühlst. Bedenke, das Recht ist auf Clarisses Seite, und im Notfalle wird sie nicht säumen, die Welt darüber ins klare zu setzen.“

„Die Welt kann mir keinen Vorwurf daraus machen, wenn ich meine Schwester vor einer unpassenden Verbindung bewahre.“

„Gewiß, sie kann und wird das nicht. Anders aber wird es sein, wenn jedermann erkennt, daß du ihr jede, auch die beste Partie zu schließen verwehrst.“

„Laß es meine Sorge sein, zu verhüten, daß ihr jemals ein passender Antrag gemacht wird.“

„Das kannst du nicht. Die Seltsamkeiten, welche man ihr zuschreibt, weil — weil du — nun, lassen wir das — ihre Seltsamkeiten werden weit überwogen durch ihre übrigen glänzenden Eigenschaften; und wäre selbst das nicht, so würde doch jeder junge Mann unseres Kreises ihr gern seine Hand reichen um ihres Ranges und ihres großen Reichtums willen.“

„Das muß aber verhütet werden, muß um eben dieses letztern willen verhütet werden,“ sprach Milian in heftiger Unruhe. „Beschuldige mich nicht der Habsucht, Claudia; du weißt es ja, ich bin ein freigebiger Mann. Sage auch nicht, wir seien reich genug. . . . . Ich gebe es ja zu, daß wir große Güter, fürstliche Einkünfte haben; aber die brauchen wir auch, um alle Ansprüche zu befriedigen, und zwar nicht bloß die, welche an uns gestellt werden, sondern auch diejenigen, die wir selbst an uns stellen müssen, um unser Ansehen nicht allein zu erhalten, sondern um es mehr und mehr zu steigern. Zu letzterem aber wird, besorge ich, auf die Dauer die Tragkraft deines und meines Vermögens nicht ausreichen, und so sehe ich mich gezwungen, auf eine Vermehrung hinzuarbeiten.“

„Ganz recht; und da du dies nicht, wie mein Vater, durch Beteiligung an industriellen Unternehmungen zu tun beabsichtigst —“

„Nimmermehr!“ unterbrach Milian seine Frau mit allen Zeichen eines tiefen Abscheus.

„So kannst du dies nur dadurch bewerkstelligen,“ fuhr Claudia unbeirrt fort, „daß du Clarissens Güter, wenn nicht ganz, so doch zum Teil mit den deinigen vereinigst.“

„Weshalb nicht ganz?“ fragte Milian, unangenehm überrascht.

„Hast du je daran gedacht, Clarisse zu bewegen, ein Testament — so nennt man's doch? — zu deinen Gunsten zu machen?“

„Aber, Claudia, welche Frage? — Wie auffallend wäre es bei der Jugend meiner Schwester, wenn ich einen solchen Versuch unternähme. Und er würde gewiß, eben so nutzlos sich erweisen; sie wird sich nimmermehr dazu bestimmen lassen.“

(Fortsetzung folgt.)

Der Matrose und seine Kollegen wollten lediglich die Presse der Unabhängigen Sozialisten und ihre Literatur haben, um sich fortzubilden und am Ende politische Unterhaltungen führen zu können. Obwohl politische Unterhaltungen im Lande gesetzlich erlaubt sind und eine Aufklärungsarbeit ja sogar amtlich mit Hochdruck gegenwärtig betrieben wird, habe ich den Matrosen wegen der Bedingungen, unter denen wir leben, zur Vorsicht gemahnt und gewarnt. Ich weise daher die entgegengesetzten Behauptungen des Staatssekretärs entschieden zurück. (Sehr gut! bei den Soz.) Dem Andenken dieses Matrosen bin ich schuldig, zu sagen, daß ich, obwohl ich sonst gar keine Beziehungen zu ihm hatte, aufs tiefste erbittert war, als ich hörte, daß er wegen seiner politischen Ideale den Tod hat erleiden müssen. (Hört, hört, bei den Soz.) Aber der Zweck der Ausführungen des Staatssekretärs liegt ja klar zutage. Nach der Praxis der Behörden gegen meine Partei und nach den gestrigen Erklärungen des Kanzlers habe ich nichts anderes erwartet, als daß die Herren jetzt das rote Tuch schwenken zu müssen glauben, um die anderen Parteien zur Unterstützung der unglücklichen Regierungspolitik, die uns ins Verderben gebracht hat und uns immer tiefer in das Verderben bringen muß, zu einem festen Block zusammenzuschließen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Abg. **Vogtherr** (U. Soz.) erklärt gleichfalls, nur Beschwerden entgegengenommen zu haben und weist die Beschuldigung, als ob seine Fraktion an einem Plan zur Lahmlegung der Flotte beteiligt sei, als unhaltbar zurück. Wir kämpfen gegen den verruchten Belagerungszustand. Hinter uns stehen Hunderttausende, auch von denen, die draußen ihre Brust sozusagen fürs Vaterland den Gegnern darbieten. (Unruhe rechts.)

Abg. **Dittmann** (U. Soz.): Auch mich haben Matrosen und Soldaten in großer Zahl aufgesucht und ihre Beschwerden vorgebracht. Ich habe ihnen Fingerzeige gegeben, wie sie diese Beschwerden weiter anbringen können. Ich habe sie aber auch auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die ihnen unter Umständen drohen. Ich lasse mir das Recht nicht verkümmern, die Interessen aller wahrzunehmen, die Beschwerden vorzubringen haben. Die Verfolgungen richten sich nicht nur gegen die unabhängigen Sozialdemokraten, sondern auch gegen die Anhänger der Mehrheitspartei. Wenn das wahr wäre, was Herr v. Capelle hier angedeutet hat, warum ist dann nicht öffentliche Anklage gegen uns erhoben worden? Das beweist, daß Herr v. Capelle selbst weiß, auf wie schwachen Füßen seine ganze Anklage steht.

Herrn v. Capelles Antwort.

Der Abgeordnete Vogtherr hat eine Reihe von Behauptungen aufgestellt, die sich mit meiner Rede nicht decken und hat die Sache so dargestellt, als ob ich gesagt hätte, die unabhängigen Sozialisten hätten gewissermaßen die Pläne ausgeheckt und den Matrosen imputiert. Davon habe ich nichts gesagt. (Lebhafter Widerspruch bei den U. Soz. — Der Staatssekretär verliest die betreffende Stelle aus dem Stenogramm): „Es ist eine Tatsache, daß diese Leute Beziehungen mit der unabhängigen sozialdemokratischen Partei angeknüpft haben." (Hört, hört! Unruhe bei den U. Soz.) Ein mir vorliegender Auszug aus den aktenmäßigen Verhandlungen erbringt den vollen Beweis für das, was ich vorgetragen habe. (Hört, hört! rechts, lebh. Widerspruch u. großer Lärm bei den U. Soz. — Vizepräsident Paasche: Der Herr Staatssekretär hat jetzt das Wort.) Ich will Ihnen nur eine Vernehmung vorlesen. Einer der Hauptangeschuldigten sagte aus (Zuruf bei den U. Soz.: Wie heißt der? Unruhe links. — Vizepräsident Paasche: Ich bitte, den Herrn Staatssekretär nicht zu unterbrechen.) Auch ich persönlich habe den Abg. Dittmann im Hause aufgesucht, nachdem Reichnitz bei ihm gewesen war. Ich habe mich ihm gegenüber dadurch legitimiert, daß ich auf Reichnitz hinwies und sagte, daß ich in derselben Angelegenheit käme. Er zeigte sich unterrichtet und erfreut und sagte, wir möchten so weitermachen, aber große Vorsicht üben. (Lebhaftes hört, hört! rechts, große Unruhe bei den U.-Soz.) Er ist nicht allein bei Dittmann gewesen, sondern es hat eine Art Parteikonferenz stattgefunden, an der die Herren Dittmann, Vogtherr und Haase teilgenommen haben. Reichnitz hat den Plan der Organisation den Anwesenden mitgeteilt, die nach seiner Mitteilung ganz begeistert gewesen wären. (Hört, hört! rechts, große Unruhe bei den U.-Soz. Zuruf des Abg. Haase: Das sagt jemand, der nie dabei gewesen ist.) Dem Reichnitz gegenüber wurde gesagt, daß diese Organisation verboten und eine strafbare Handlung wäre. Es wäre gewagt, er solle sich sehr vorsehen. Was an ihnen liege, so würden sie seine Agitation, insbesondere durch Broschüren und sonstige Bücher unterstützen. (Zuruf des Abg. Haase: Der war nicht dabei!) Ferner erscheint der beschuldigte Reichnitz in dieser Sache als Zeuge und erklärt auf Befragen: Ich gebe jetzt auch zu, nicht nur mit dem Abgeordneten Dittmann in dessen Bureau, sondern auch im Fraktionszimmer der sozialdemokratischen Partei des Reichstages mit den Abgeordneten Haase, Dittmann und Vogtherr zusammen gewesen zu sein. Was im einzelnen verhandelt worden ist, will ich mir überlegen. Ich bitte, mich am Nachmittag vorführen zu lassen! Am Nachmittag hat er erklärt: Soweit diese Aussagen sich auf mich beziehen, sind sie richtig, das soll heißen: ich habe die Sache nicht nur so erzählt, sondern es hat sich so auch zugetragen. (Zuruf des Abg. Rupp [Dtsch. Frakt.]: Hören Sie, Herr Haase! Große Unruhe und Lärm b. d. U. Soz., wiederholte lärmende Zurufe b. d. U. Soz., namentlich des Abg. Ledebour. Vizepräsident Paasche muß wiederholt zur Ruhe mahnen.)

Der Zentrumsredner.

Abg. **Trimborn** (Zentr.): Wir begrüßen es mit Freuden, daß der Reichskanzler sich heute klipp und klar auf den Boden der Reichstagsentschließung vom 19. Juli gestellt hat. (Beifall bei der Mehrheit, Lachen bei den U. Soz.) Zu den Ausführungen des Staatssekretärs von Capelle geben wir folgende Erklärung ab: Es erscheint uns recht bedenklich und nicht angängig, die Partei der unabhängigen Sozialdemokraten in ihrer Gesamtheit ohne weiteres mit Anschuldigungen in Zusammenhang zu bringen, die gegen drei Abgeordnete erhoben sind. Wir müssen annehmen, daß der Staatssekretär des Reichsmarineamts, als er diese Beschuldigungen erhob, sich auf hinreichend schlüssiges Material stützen konnte. Wenn das nicht der Fall wäre, so hätte er diese Beschuldigungen nicht erheben können und dürfen. (Sehr richtig.) Wir erwarten mit aller Bestimmtheit, daß wenn sich die drei genannten Abgeordneten gegen die Gesetze vergangen haben, insbesondere, wenn sie Handlungen begangen haben sollten, die Hoch- und Landesverrat bedeuten, mit der ganzen Strenge des Gesetzes gegen sie vorgegangen wird. (Sehr richtig! — Lachen bei den U. Soz.) Wir halten es für selbstverständlich, daß alle Werbetätigkeit, die sich in der Richtung der erwähnten Gesetzeswidrigkeiten bewegt, mit der größten Strenge unterdrückt und daß sie von der gesamten Marine und dem ganzen Heer ferngehalten wird. (Lebhafter Beifall.)

Äußerung der Konservativen.

Abg. **Kreth** (kons.): Wenn den drei Abgeordneten an der völligen Klarstellung liegt, so sollten sie auf ihre Immunität verzichten, damit die strafrechtliche Verfolgung eingeleitet werden kann (Sehr richtig! — Lachen bei den U. Soz.) Wenn sich dann die Anschuldigungen als wahr herausstellen sollten, dann ist kein Wort der deutschen Sprache hart genug, um ein solches Verhalten zu brandmarken. Die Reichstagsmehrheit wolle den Posten des Vizekanzlers streichen, um den Staatssekretär Helfferich zu beseitigen. Wir wollten nicht, daß diese Sache dazu ausgenutzt werde, um den Kaiser in dem verfassungsmäßigen Rechte, die geeigneten Männer an die Spitze der Regierung zu stellen, zu beschränken. Wer im deutschen Volke will den Frieden nicht? Es kommt nur darauf an, was es für ein Friede sein soll. Jeder denkt sich etwas anderes. Nichts hat den Siegeswillen der Gegner so gestärkt als die Tatsache, daß wir den Frieden wie sauer Bier angeboten haben. Die Engländer und Franzosen werden erst dann zum Frieden geneigt sein, wenn sie nicht mehr weiter können. Im Geschäftsleben ist es doch nicht üblich, daß jemand, der unbedingt etwas kaufen oder verkaufen will, von vornherein seinen äußersten Preis nennt. Die Friedensverhandlungen werden unseren Unterhändlern nicht erleichtert, wenn sie von vornherein mit gebundener Marschroute marschieren müssen. (Bravo! rechts.)

Abg. **Ebert** (Soz.) spricht sein Bedauern aus, daß der Reichskanzler und der Staatssekretär des Reichsmarineamts Anklagen allerschwerster Natur gegen Mitglieder der Partei der Unabhängigen Sozialisten und gegen die Partei selbst erhoben haben. Der Reichskanzler gehe sogar so weit, daß er die Unabhängigen Sozialisten außerhalb des deutschen Volkes gestellt habe.

Strafgesetzliche Untersuchung gefordert.

Abg. **Stresemann** (natl.) verliest im Namen seiner Fraktion eine Erklärung, die besagt: Aus den Mitteilungen des Staatssekretärs des Reichsmarineamts hätten seine Freunde den Eindruck gewonnen, daß Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei der Teilnahme an Meutereien einzelner Leute in der Flotte beschuldigt würden. Seine Partei erwarte, daß die Reichsleitung sofort alle Schritte einleiten werde, um nach den Bestimmungen des Straf-Gesetzbuches verfahren zu können.

Abg. D. **Naumann** (Vp.) lehnt sich dagegen auf, daß man die Unabhängigen Sozialisten außerhalb des deutschen Volkes und Rechtes stellen wolle. Wenn ihm auch die Politik dieser Partei so wenig gefalle, wie seine Politik der äußersten Linken, so habe man doch kein Recht, sie abseits zu stellen. Seit dem 4. August 1914 gelte das Kaiserwort: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!"

Reichskanzler Dr. **Michaelis** bestreitet, gesagt zu haben, daß die Unabhängigen Sozialisten außerhalb des deutschen Volkes und Rechtes ständen. Er weist dies nachdrücklich an Hand des Wortlautes seiner vorherigen Äußerungen nach.

Der Schluß der Verhandlungen gestaltete sich noch sehr erregt. Der Abg. Haase (U. Soz.) protestierte gegen die Verdächtigung seiner Partei. Der Reichskanzler erwiderte, daß unter den Schriften der angeschuldigten Marineleute sich Agitationsmaterial für die Unabhängigen Sozialdemokraten befunden habe; mehr aber habe auch der Staatssekretär v. Capelle nicht behauptet.

Bei der Abstimmung wurde das Mißtrauensvotum gegen die Regierung mit allen Stimmen gegen die sozialdemokratischen abgelehnt.

Aussprache über die auswärtige Politik.

Abg. **Fehrenbach** (Ztr.) dankte unter Beifall dem Papst für seine Friedensanregung und erklärte mit Genugtuung, daß sich die deutsche Regierung bei Beantwortung der Papstnote vom Geiste der Friedensentschließung des Reichstages habe leiten lassen. Die Mittelmächte hätten für den Frieden alles nur Mögliche getan.

Staatssekretär des Ausw. Amtes **v. Kühlmann** teilte einleitend mit, welche Vorgänge zum Abbruch der Beziehungen mit Peru und Uruguai geführt hatten, zeigte dann unter Bedauern an Hand der letzten Reden feindlicher Staatsmänner, daß diese zum Frieden noch immer nicht geneigt wären und erklärte gegenüber Zweiflern und wohlwollenden Neutralen, daß es für Deutschland eine elsässisch-lothringische Frage nicht gebe. Auch nicht ein Fußbreit von Elsaß-Lothringen werde hergegeben werden. Außer dem französischen Anspruche auf Elsaß-Lothringen gäbe es keine Frage, die nicht durch Verhandlungen gelöst werden könnte und um deretwillen sich der Aufwand von soviel Blut und so ungeheurer Mittel für Volk und Geschichte rechtfertigen lasse. Wofür wir kämpfen und kämpfen werden bis zum letzten Blutstropfen sind nicht phantastische Eroberungen, sondern die Unversehrtheit des deutschen Reiches.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✣ Die Beschlüsse der deutschen Eisenbahnverwaltungen, die eine **Entlastung des Verkehrs** herbeiführen sollen, werden in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. Sie betreffen in erster Linie die Erhebung eines Zuschlages auf den Verkehr in den Schnellzügen. Diese sind außerordentlich überlastet, und die Eisenbahnverwaltungen haben übereinstimmend festgestellt, daß vielfach Personen reisen, auch wenn keinerlei Notwendigkeit dafür besteht. Mit diesem unnützen Verkehr will man nun endlich durch Erhebung eines außerordentlich hohen Zuschlages aufräumen; es ist dies notwendig, um Kohlen zu sparen, um dem überarbeiteten Eisenbahnpersonal Ruhe zu gönnen und um das Wagenmaterial selbst zu schonen. Es liegen hier ganz bestimmte Anweisungen vor, denen die Eisenbahnverwaltung unbedingt nachkommen muß. Im Winterfahrplan werden auch ganze Züge oder Verbindungen fortfallen. Ausdrücklich sei betont, daß der Personenverkehr von den Zuschlägen befreit bleiben wird.

✣ Zu einer **Kundgebung für die freie Wirtschaft** gestaltete sich eine in Berlin veranstaltete Versammlung des Hansabundes. Die Redner des Abends wandten sich entschieden gegen die Fortsetzung der staatssozialistischen Zustände. Sie erhoben sämtlich die Forderung, daß die Zwangssyndikate so schnell als möglich beseitigt werden müßten. Der Großhandel müsse sich ferner gegen alle staatlichen Monopole wenden. Es wurde eine Entschließung angenommen, die möglichst schnelle Aufhebung der Betriebszusammenlegungen nach dem Kriege fordert, Monopole ablehnt und für den Handel die freie Stellung fordert, die er vor dem Kriege eingenommen hat.

Spanien.

× Die **Führer des mißglückten Aufstandes**, der seinen Ursprung in Katalonien hatte und sich fast über das ganze Land verbreitete, sind nach französischen Blättermeldungen fast alle zum Tode verurteilt worden. Fünf sozialistische Führer sind wegen ihres Versuches, die Truppen zum Aufstand gegen die Regierung aufzuhetzen, zu lebenslänglicher Gefängnisstrafe verurteilt worden. Andere Verurteilungen liegen zwischen 17 Jahren und 2 Jahren Gefängnis.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 9. Okt. Die Taufe der jüngst geborenen Tochter des Kronprinzen und der Kronprinzessin findet am Geburtstage der Kaiserin, am 22. Oktober in Cecilienhof zu Potsdam statt.

Berlin, 9. Okt. Der Staatssekretär des Reichsernährungsamtes v. Waldow hat die Mitglieder des Beirats des Reichsernährungsamtes für den 16. Oktober zu einer Sitzung im Herrenhause in Berlin geladen. Tagesordnung: Ernährungslage im laufenden Wirtschaftsjahr; Futtermittelversorgung.

Posen, 9. Okt. Die amtliche Bekanntmachung bezüglich des Ausbaues des polnischen Staates wird nach der „Gazeta Narodowa" am 15. d. Mts. erfolgen.

Stockholm, 9. Okt. Russischen Blättern zufolge liegt die Kaiserin-Witwe Maria Feodorowna im Sterben.

Haag, 9. Okt. Die Ausfuhr von Glas und Gegenständen aus Glas mit Ausnahme von Flaschen und anderen zur Verpackung dienenden Hausgeräts ist verboten.

Bern, 9. Okt. Die Friedenskonferenz, die hier am 15. Oktober zusammentreten sollte, ist aus technischen Gründen auf den 15. November verschoben worden.

Lokaler Teil.

Merkblatt für den 11. Oktober.

Sonnenaufgang	6^{19}	Mondaufgang	1^{17} V.
Sonnenuntergang	5^{14}	Monduntergang	8^{18} N.

1870 General v. d. Tann erobert Orléans. — 1896 Komponist Anton Bruckner gest. — 1907 Archäolog Adolf Furtwängler gest. — 1915 Eroberung der Festung Semendria durch die Armee Gallwitz. — Serbien eröffnet die Feindseligkeiten gegen Bulgarien. — Griechenland erklärt seine bewaffnete Neutralität.

— Die Nachteile der deutschen Kriegsanleihe herauszufinden, dürfte wohl keinem gelingen, einfach weil sie keine Nachteile hat. Im Gegenteil, sie bietet jedem Deutschen den Vorteil einer sicheren Kapitalsanlage, die Genugtuung durch eben diese Zeichnung auf die Kriegsanleihe, das Vaterland unterstützt, unsere Soldaten mit ausgerüstet zu haben und vor allem Gelegenheit, ihnen einen kleinen Teil des Dankes abtragen zu können, den er ihnen dafür schuldet, daß sie seine Heimat vor dem Feinde schützen. Leistung gegen Leistung! Kein Deutscher darf zögern, seiner Ehrenpflicht zu genügen. Ein jeder muß Kriegsanleihe zeichnen.

* Wenn Kriegerfrauen sich weigern, zu arbeiten, so darf ihnen nach einer neuen Verfügung des Reichsamts des Innern die Kriegsunterstützung nur nach sehr sorgfältiger Prüfung des Falles entzogen werden. Manche Gemeinden sind mit der Entziehung zu leichtherzig bei der Hand gewesen. Die Entziehung schafft bei den Männern der Kriegerfrauen an der Front böses Blut und beeinträchtigt die Stimmung.

✣ Eine **Zwangsabgabe von Speck aus allen Hausschlachtungen**, die sich auf der bisherigen Hindenburgspende aufbaut, ist durch eine vom 15. Oktober in Kraft tretende Verordnung des Kriegsernährungsamtes eingeführt.

+ Bezüglich der Belieferung mit **K.-A.-Seifenpulver** und **K.-A.-Feinseife** wird im Allgemeininteresse darauf aufmerksam gemacht, daß es die höchste Zeit ist, die September-Marken, auf Sammelbogen geklebt, bei den zuständigen Behörden einzureichen. Sie verfallen sonst. Mit den September-Marken können auch in beliebiger Anzahl — jedoch getrennt — die Oktober-Marken abgeliefert werden. Die Behörden stellen über die Ablieferungen auf besonderen, dazu vorgeschriebenen Formularen Empfangsbestätigungen aus. Diese müssen bis zum 15. des Monats in den Händen der Seifenfabriken sein.

Paderborner Stadtchronik.

* **Ein unsinniges Gerücht** läuft in den letzten Tagen in der Stadt um. Darnach soll nach dem 11. oder 12. Oktober das **Einkellern der Kartoffeln** untersagt sein und solche nur von Händlern bezogen werden dürfen. An diesem Gerede ist keine Spur Wahrheit. Jedermann kann fernerhin soviel Kartoffeln zum Einkellern beziehen, als seine Karte angibt; wann oder von wem oder woher er sie beziehen will, ist ganz seine Sache.

— Strafkammersitzung zu Paderborn vom 8. Oktober. Die Ehefrau Katharina Röseler aus Paderborn war angeklagt, unberechtigt sich der Bezeichnung „Feldpost" auf einer Postkarte bedient und ihren Ehemann als Absender darauf angegeben und damit den Postfiskus um 7,5 Pfennig geschädigt zu haben, jedoch vom Schöffengericht hierselbst dieserhalb freigesprochen worden. Gegen dieses Urteil legte der Amtsanwalt Berufung beim Landgericht ein. In der heutigen Verhandlung gab die Angeklagte an, daß nicht sie, sondern ihr Ehemann die Adresse der fraglichen Postkarte geschrieben und letztere selbst zur Post gebracht habe; sie habe angenommen, daß ihr Mann die Karte freigemacht habe. Diese ihre Angaben konnten nicht widerlegt werden, weshalb die Berufung des Amtsanwalts auf Kosten der Staatskasse verworfen wurde. — Der Generalagent Heinrich Wiemers aus Paderborn war durch Strafverfügung der hiesigen Polizeiverwaltung in eine Geldstrafe von 2 Mark genommen, weil er mit einem Fahrrade die hiesige Liboripromenade verbotswidrig befahren habe. Auf den von dem p. Wiemers gestellten Antrag auf gerichtliche Entscheidung verurteilte das Schöffengericht in Paderborn ihn jedoch ebenfalls zu 2 Mark Geldstrafe. Die von dem Angeklagten nunmehr beim Landgericht eingelegte Berufung wurde in der heutigen Verhandlung ebenfalls auf seine Kosten verworfen.

Letzte Nachrichten.

An der flandrischen Front.

Berlin, 9. Okt. **Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt: Das trotz stürmischen, regnerischen Wetters starke Feuer zwischen dem Houthoulster Walde und Zandvoorde steigerte sich nachmittags und schwoll zu außerordentlicher Stärke in Gegend Paschendaale und südlich Molenaarelsthoek an und ging während der Nacht zu schlagartigen Feuerüberfällen über.**

Von 6 Uhr morgens ab steigerte sich das Störungsfeuer zu stärkstem Trommelfeuer auf der ganzen Hauptkampffront, woraus an der Bahn Boesinghe—Staden und nördlich der Straße Menin—Ypern neue englische Angriffe eingesetzt haben.

Besuchsreise des Herrn v. Kühlmann.

Berlin, 9. Okt. Staatssekretär v. Kühlmann gedenkt, wie wir hören, heute oder morgen Abend nach Wien zu reisen und von da aus auch seinen Antrittsbesuch in Sofia, Konstantinopel und, auf der Rückfahrt in Budapest abzustatten.

Luxburg reist doch nach Europa.

Rotterdam, 9. Okt. Bekanntlich haben die Verbandsmächte den bisherigen Gesandten in Argentinien Grafen Luxburg kein Freigeleit für seine Reise nach Spanien bewilligt. Nun meldet Havas aus Buenos Aires, daß er an Bord eines Schleppdampfers gegangen sei, um sich an der Mündung des La Plata auf den Dampfer „Victoria Eugenia" einzuschiffen, der nach Spanien ging.

Unfall des Staatsministers Woeste.

Brüssel, 9. Okt. Staatsminister Woeste ist bei einem Straßenbahnunfall am Kopfe verletzt worden. Der Zustand des greisen belgischen Staatsmannes ist zufriedenstellend.

Neuer Aufschub des Entente-Kriegsrates.

Genf, 9. Okt. Wie französische Blätter melden, soll der bereits seinerzeit wegen der Krise des Kabinetts Ribot vertagte große Ententekriegsrat von neuem auf Wunsch der Pariser Regierung vertagt worden sein, da die durch Skandalaffären geschaffene kritische innerpolitische Lage die gesamte Arbeitskraft Painlevés beanspruche.

Daudets Anklage gegen Malvy.

Genf, 9. Okt. Daudet, der Beweise für Malvys Schuld liefern sollte, wurde eingehend vernommen. Ein Hauptbeweis für Malvys angeblichen Hochverrat besteht darin, daß der ehemalige Innenminister seinerzeit ein das Salonikiheer betreffendes Dokument Almerenda übergab, das später zur Kenntnis Deutschlands gelangte.

Amerika gegen Holland.

Amsterdam, 9. Okt. Die amerikanische Regierung hat sich geweigert, dem holländischen Passagierdampfer „Nieuw Amsterdam" das Einladen von Bunkerkohle zu gestatten, da Holland nicht die Zusicherung gegeben hat, daß das Schiff nach Löschung seiner Ladung nach den Vereinigten Staaten zurückkehren werde.

Das neue Ministerium in Rußland.

Stockholm, 9. Okt. Unter dem von Kerenski gebildeten Kabinett befinden sich folgende bekannte Namen: Kerenski (Präsident und Oberbefehl), Nikitus (Inneres), Awksentiew (Landwirtschaft), Terestschenko (Äußeres), Werchowski (Krieg).

Bekanntmachung

Nr. G. 2202/7. 17. K. R. A.,

betr. Beschlagnahme von Weiden, Weidenstöcken, Weidenschienen u. Weidenrinden.

Vom 10. Oktober 1917.

Nachstehende Bekanntmachung wird auf Ersuchen des Königlichen Kriegsministeriums hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht mit dem Bemerken, daß, soweit nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen höhere Strafen verwirkt sind, jede Zuwiderhandlung nach § 6 der Bekanntmachung über die Sicherstellung von Kriegsbedarf in der Fassung vom 26. April 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 376) *) bestraft wird. Auch kann der Betrieb des Handelsgewerbes gemäß der Bekanntmachung zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel vom 23. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 603) untersagt werden.

§ 1.

Von der Bekanntmachung betroffene Gegenstände.

Von dieser Bekanntmachung werden betroffen: alle Weiden und Weidenstöcke (auf dem Stock und geschnitten), Weidenschienen sowie Weidenrinden.

§ 2.

Beschlagnahme.

Die im § 1 bezeichneten Gegenstände werden hiermit beschlagnahmt.

§ 3.

Wirkung der Beschlagnahme.

Die Beschlagnahme hat die Wirkung, daß die Vornahme von Veränderungen an den von ihr berührten Gegenständen verboten ist und rechtsgeschäftliche Verfügungen über sie nichtig sind. Den rechtsgeschäftlichen Verfügungen stehen Verfügungen gleich, die im Wege der Zwangsvollstreckung oder Arrestvollziehung erfolgen.

Trotz der Beschlagnahme ist das Ernten unter sachgemäßer Schonung aller Anpflanzungen sowie das Trocknen, Schälen, Spalten und Sortieren erlaubt.

§ 4.

Veräußerungserlaubnis.

Trotz der Beschlagnahme dürfen veräußert und geliefert werden:

1. Weiden und Weidenstöcke allgemein an Aufkäufer, die mit einem Ausweis der für ihren Wohnort zuständigen Kriegsamtstelle versehen sind (amtliche Aufkäufer);
2. Weiden und Weidenstöcke von den amtlichen Aufkäufern oder solchen gewerbsmäßigen Weidenzüchtern, deren Jahresernte mehr als 2000 Zentner grüner Weiden beträgt (Großzüchter), auf Grund eines Freigabescheines der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königlich Preußischen Kriegsministeriums;
3. Weidenschienen auf Grund eines besonderen Freigabescheines der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königlich Preußischen Kriegsministeriums;
4. Weidenrinden an die Rinden-Einkaufsgesellschaft m. b. H., Berlin NO 43, Meyerbeerstr. 1—4, oder an die von dieser Gesellschaft beauftragten Aufkäufer.

§ 5.

Verarbeitungserlaubnis.

Trotz der Beschlagnahme bleibt die Verarbeitung der beschlagnahmten Gegenstände bis zum 25. Oktober 1917 allgemein erlaubt.

Vom 26. Oktober 1917 ab ist eine weitergehende Verarbeitung als die im § 3 Abs. 2. bezeichnete (Ernten, Trocknen, Schälen, Spalten, Sortieren) nur auf Grund einer von der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königlich Preußischen Kriegsministeriums erteilten Verarbeitungserlaubnis gestattet.

§ 6.

Vordrucke für Anträge.

Anträge auf Freigabe oder Verarbeitungserlaubnis sind auf besonderen amtlichen Vordrucken zu stellen, die bei der Vordruckverwaltung der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königlich Preußischen Kriegsministeriums, Berlin SW 48, Berl. Hedemannstr. 10, unter Angabe der Vordrucknummer Bst. 1809, erhältlich sind.

§ 7.

Ausnahmen.

Ausgenommen von den Anordnungen dieser Bekanntmachung sind solche Mengen an Weiden und Weidenstöcken, die bei einem Züchter (Grundeigentümer oder Pächter) nicht mehr als gleichzeitig zusammen drei Zentner und bei einem Händler oder Verarbeiter nicht mehr als gleichzeitig zusammen 10 Zentner betragen.

Werden die vorgenannten Mindestmengen von 3 oder 10 Zentnern einmal überschritten, so unterliegt der Gesamtbestand an Weiden und Weidenstöcken den Anordnungen dieser Bekanntmachung.

§ 8.

Anfragen und Anträge.

Alle Anfragen und Anträge sind an die Kriegs-Rohstoff-Abteilung, Holzzentrale, Sektion E, des Königlich Preußischen Kriegsministeriums, Berlin SW. 48, Friedrichstr. 223, zu richten und am Kopfe des Schreibens mit der Aufschrift: „Betrifft Weidenbeschlagnahme" zu versehen.

§ 9.

Inkrafttreten.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem 10. Oktober 1917 in Kraft.

Gleichzeitig werden die vor dem Inkrafttreten dieser Bekanntmachung angeordneten Einzelbeschlagnahmen über Vorräte der im § 1 bezeichneten Gegenstände aufgehoben *).

*) Mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. wird, sofern nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen höhere Strafen verwirkt sind, bestraft:

1. . . . . ;
2. wer unbefugt einen beschlagnahmten Gegenstand beiseiteschafft, beschädigt oder zerstört verwendet, verkauft oder kauft oder ein anderes Veräußerungs- oder Erwerbsgeschäft über ihn abschließt;
3. wer der Verpflichtung, die beschlagnahmten Gegenstände zu verwahren und pfleglich zu behandeln, zuwiderhandelt;
4. wer den erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt.

*) Unberührt durch das Inkrafttreten dieser Bekanntmachung bleiben die durch die Bekanntmachung Nr. G. 1023/2. 17. K. R. A. vom 1. April 1917 festgesetzten Höchstpreise sowie die durch die Bekanntmachung Nr. G. 1600/3. 17. K. R. A. vom 15. Mai 1917 angeordnete Meldepflicht und Lagerbuchführung

Münster, den 1. Oktober 1917.

Das Königliche stellvertretende Generalkommando des VII. Armeekorps.
Der kommandierende General:
Frhr. von Gayl,
General der Infanterie.

Ic R Nr. 53800

Bekanntmachung.

Anträge auf Erteilung von Wander-Gewerbescheinen zum Handel im Umherziehen für das Jahr 1918 sind, ev. unter Vorlegung des diesjährigen Gewerbescheines bestimmt bis zum 20. Oktober d. J. auf dem Polizei-Büro Lippspringe, Detmolderstr. 49 anzubringen.

Lippspringe, den 4. Oktober 1917.

Die Polizeiverwaltung.

7. Kriegsanleihe!

5% Reichsanleihe,
freie Stücke à 98.00 M.
5% Reichsanleihe,
Reichsschuldbuchforderung, à 97.80 M.
4½% Reichsschatzanweisungen,
auslosbar mit 110% bis 120% und gegen Austausch von Schuldverschreibungen aus früheren Kriegsanleihen à 98.— M.

Vermittelungsstellen:

Gewerbebank e. G. m. b. H.
zu Paderborn.
Lippspringer Spar- u. Darlehnsverein
in Lippspringe.

Großes Lager in
Harmoniums
unterhält
Carl Schmitt, Hagen i. W.
Hofpianofortefabrik

Abonniert den Anzeiger!

Inserate aller Art

finden bei der fortgesetzt steigenden Leserzahl in Stadt und Land Paderborn im

„Paderborner Anzeiger"

:-: Amtliches Kreisblatt :-:
Anzeiger für Neuhaus u. Delbrück
weite Verbreitung und versprechen sicheren Erfolg.

Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt.

Damen- und Kinder-Hüte
liefert billigst
Frau F. Gruttmann,
Paderborn, Riemekestr. 9.

Ihre Drucksachen
werden in der Buchdruckerei des
Paderborner Anzeigers
schnell, billigst und in moderner Ausstattung hergestellt.
Bestellungen werden in d. Geschäftsstelle des
Paderborner Anzeigers, Königstraße
entgegen genommen.

Zeichnung auf die 7. Kriegsanleihe.

5% Deutsche Reichsanleihe, unkündbar bis 1924,
freie Stücke: Zeichnungspreis 98%,
Reichsschuldbuchforderung: Zeichnungspreis 97.80%.

4½% Deutsche Reichsschatzanweisungen,
auslosbar mit 110% bis 120%. Zeichnungspreis 98%.

Bei Zeichnungen auf 4½% Deutsche Reichsschatzanweisungen können ältere Kriegsanleihen bis zur doppelten Höhe des gezeichneten Betrages in neuen Schatzanweisungen getauscht werden.

Zeichnungen und Umtauschanmeldungen nehmen wir an unseren sämtlichen Kassen **bis Donnerstag, den 18. Oktober 1917,** entgegen.

Deutsche Bank Zweigstelle Paderborn.
Paderborner Bankverein, Zweigniederlassung des Hessischen Bankvereins.
J. Ransohoff & Spancken.

50 Mark Belohnung
erhält derjenige, der die Diebe, welche in der Nacht vom 8. zum 9. Oktober aus einer Liegehalle in der Nähe des Kurparks Kleidungsstücke und Decken gestohlen haben, so namhaft machen kann, daß ich wieder zu meinem Eigentum gelange. Stamatowitsch, Lippspringe, Detmolderstr. 62

Tüchtig. Mädchen,
nicht unter 20 Jahren, in dauernde, gute Stellung für alle Hausarbeit gesucht.
Frau H. Saß,
Honnef a. Rh., Hauptstr. 72a.

C. Imbach,
Paderborn, Stadelhof 32.
Bin stets Käufer für
Lumpen, Knochen, altes Eisen
Zahle für alles die höchsten Tagespreise.

Ich kaufe gegen Kasse große Posten **Brennholz** in Buche und andern Hartholzern nach Gewicht bei Lieferung franko Waggon der Verladestation von jetzt bis März. Angebote mit Angabe der Holzarten erbeten.
Gustav Wilmking,
Gütersloh, Telephon 106.

Möbelplüsche
werden gereinigt, in zertrenntem Zustande aufgefärbt und in hübschen Dessins gepreßt.
Färberei
Galluschke
Waschanstalt.
Paderborn, Westernstraße 30.
Detmold, Langestraße 28.

Druck, Verlag u. Redaktion von Martin Wagner, Paderborn.